

Referat Kinderpolitik Mittlere Bleiche 61 55116 Mainz Telefon 06131 16-0 Telefax 06131 16-29 97 Poststelle@mbwjk.rlp.de www.mbwjk.rlp.de

Beispiele für die Wahrnehmung von Kinderpolitik als Aufgabe jedes Ressorts

(Stand: Dezember 2010)

Aktionsprogramm "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz - Politik für Kinder mit Kindern"

Mit dem Ministerratsbeschluss vom 04.07.1995 wurde Kinderpolitik in Rheinland-Pfalz zur Querschnittsaufgabe und damit zur Aufgabe jedes Ressorts. Neben den Umsetzungsberichten und der Fortschreibung des Programms von 2004 gibt diese Zusammenstellung einen kurzen Überblick über Beispiele für die Umsetzung von Kinderrechten in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen der Ministerien.

Ministerium des Innern und für Sport



▼ Dörfer kinderfreundlich weiterentwickeln!

Bereits seit dem Jahr 2000 konnte der vom Ministerium des Innern und für Sport initiierte **Dorferneuerungswettbewerb** "Kinder- und jugendfreundliche **Dorferneuerung**" als Impulsgeber für die Entwicklung kinderfreundlicher Wohnund Lebensräume genutzt werden. Mit dem Wettbewerb werden beispielhafte Projekte ausgezeichnet, an denen sich gerade die jüngeren Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner selbst beteiligt haben. Allein 2000 bis 2009 wurden bereits über 28,5 Millionen Euro zur Förderung von insgesamt 621 kinder- und jugendfreundlichen Projekten eingesetzt. Mit mehr als 1.100 eingereichten Bewerbungen bis 2009 zeugt der Wettbewerb von großer Beliebtheit. Die Preisträgerbroschüren des Wettbewerbs können als Anregung dienen und für die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen im Dorf hilfreich sein.

Um die Verwaltung, kommunalpolitische Aktive sowie Planerinnen bzw. Planer für die Belange von Kindern und Jugendlichen weiter zu sensibilisieren, wurde 2010 die Broschüre "Leitlinien zur kinder- und jugendfreundlichen Dorfentwicklung" vom Innen- und Jugendministerium herausgegeben. Die



unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Politik- und Verwaltungsvertreterinnen und -vertretern entwickelte Broschüre macht deutlich, was Kinder, Jugendliche und Eltern von einer kinder- und jugendfreundlichen Dorfentwicklung erwarten, stellt Beteiligungsmethoden und Erfahrungswerte bei Dorfentwicklungsprozessen dar.

▼ Kompetenz der Kinder zur Vermeidung von Unfällen nutzen!

Ein Beispiel aus dem Polizeibereich: 2002 wurde in Kaiserslautern wegen eines Anstiegs der Verkehrsunfälle mit Kinderbeteiligung (entgegen dem Landestrend) eine **Kinderunfallkommission** gebildet, die von Behörden und Organisationen mit Verkehrssicherheitsaufgaben getragen wird. Die Besonderheit: Die Kinder selbst werden regelmäßig daran beteiligt. Die Vernetzung Verkehrssicherheitsarbeit auf örtlicher Ebene ist ein Mittel zur Reduzierung der Verkehrsunfälle mit Kinderbeteiligung und zur Beseitigung unfallbegünstigender Faktoren. Bei Ortsbesichtigungen z. B. im Schulumfeld oder in der Nähe von Freizeiteinrichtungen sind unter dem Motto "Kinder sehen es anders" regelmäßig auch Kinder beteiligt.

Ministerium der Justiz

▼ Kindeswohl bei Umgangs- und Sorgerechtsverfahren beachten!

Das Ziel, Umgangs- und Sorgerechtsverfahren möglichst ohne streitiges Urteil verfolgt das Justizprojekt "Integrierte zu beenden. Mediation Familiensachen", das vom Oberlandesgericht Koblenz durchgeführt wird. Bei diesem Projekt wurden Familienrichterinnen und Familienrichter in mediativen Gesprächstechniken ausgebildet, um ihnen so die Fähigkeit zu vermitteln, durch eine besondere Form der Verhandlungsführung in streitigen Sorge- und Umgangsverfahren von den Eltern mitgestaltete oder jedenfalls akzeptierte Lösungen zu finden oder zumindest die Bereitschaft der Eltern zu erreichen, Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen. Nach einer vierjährigen Erprobungszeit mit wissenschaftlicher Auswertung war der Erfolg der Methode nachgewiesen: Die Konfrontations- und Konfliktschwere konnte gesenkt und die



Kooperationsbereitschaft sowie die Akzeptanz des Ergebnisses konnte erhöht werden.

▼ Opferschutz für Kinder in Strafverfahren soll Belastung reduzieren!

In Rheinland-Pfalz wurden bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften **Zeugenkontaktstellen** eingerichtet. Hier können gerade auch Kinder und ihre Eltern Informationen, aber auch ganz praktische Hilfestellung bekommen. Die Zeugenkontaktstellen arbeiten eng mit den Kinderschutzdiensten zusammen.

Bei vielen Gerichten stehen für Kinder als **Zeuginnen und Zeugen eigene Räumlichkeiten** zu Verfügung, von denen die meisten inzwischen auch kindgerecht gestaltet wurden.

In allen Landgerichten und zahlreichen Amtsgerichten wurden inzwischen die technischen Möglichkeiten für die **Videovernehmungen** geschaffen. Damit soll für Kinder die Belastung durch die sonst oft erforderlichen mehrfachen Vernehmungen vermindert werden.

Im Rahmen der von der Landesregierung eingerichteten interdisziplinären Arbeitsgruppe **FOKUS: Opferschutz** erarbeitete seit diesem Jahr eine Unterarbeitsgruppe Vorschläge für weite Verbesserungen der Situation von Kindern als Opfer von Straftaten.

Ministerium der Finanzen

Kinderkomponente bei der Wohnraumförderung!

Bei der Bemessung der Förderung der **Eigentumsförderung** wird jedes kindergeldberechtigte Kind altersunabhängig als vollwertiger Haushaltsangehöriger berücksichtigt. Zusätzlich wird ein nach Haushaltseinkommen gestaffeltes Zusatzdarlehen (Kinderkomponente) gewährt. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der zum Haushalt gehörenden Kinder im Einzelfall die Höhe der Förderung maßgeblich bestimmt.

➤ Im Bereich der **Mietwohnungsförderung** wird eine Förderung für Wohnungen ausgeschrieben, die ausschließlich für kinderreiche Haushalte gedacht ist.



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

▼ Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit!

Das am 21. März 2008 in Kraft getretene Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit regelt im Kern zwei Schwerpunkte, nämlich den Aufbau der lokalen Netzwerke durch die Jugendämter und die Förderung der Kindergesundheit durch den Aufbau eines zentralen Einladungsund Erinnerungssystems zu den Früherkennungsuntersuchungen.

▼ Unterstützung für Familien von Anfang an!

Damit Kinder von Anfang an einen guten Weg ins Leben nehmen, brauchen Eltern Unterstützung. Nicht immer sind ihnen aber die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe bekannt. Hebammen, die sehr frühzeitig mit Familien in Verbindung treten, sind deshalb gute Multiplikatorinnen für Informationen über Zugänge zu familienrelevanten Hilfen und Einrichtungen. Aus diesem Grund fördert das MASGFF seit 2005 das Fortbildungsprogramm "Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien", an dem seither schon 1.300 Fachkräfte teilgenommen haben. In den 16tägigen Kursen und einzelnen Fachtagen geht es darum, für die Bedarfe von Familien zu sensibilisieren und über Unterstützungsangebote zu informieren.

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

× Autofrei mobil und aktiv!

Der Ausbau des Radwegenetzes ist ein wichtiger Beitrag, um Kindern Bewegung und die Aneignung eines größeren Umfeldes zu ermöglichen.

So wurde 2006/2007 z. B. in der Eifel die Gestaltung eines **kinderfreundlichen Radwegenetzes** umgesetzt. Die Verbandsgemeinden Daun und Gerolstein haben zusammen mit der LEADER+ (LAG) Vulkaneifel den Mosel-Maare-Radweg und den Kyll-Radweg kinder- und familienfreundlich gestaltet. Neben Baumaßnahmen wie einem Abenteuerspielplatz umfasst das Projekt eine kindgerechte Ausschilderung mit Infotafeln an den touristisch interessanten Attraktionen und Vermarktungsaktivitäten in kindgerechter Gestaltung.



▼ Schüler/-innen für Schüler/-innen

Zusammen mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz werden seit 2007 **Busbegleiter** in Zusammenarbeit mit den Fachbetreuern Verkehrssicherheit an den Schulen sowie mit den Betreibern der Buslinien die die Fahrzeuge stellen, geschult. Dabei werden Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 8 als Busbegleiter ausgebildet, die für einen konfliktfreien Ablauf bei der Schülerbeförderung sorgen sollen. Im Schuljahr 2006/2007 wurden mit 208 Veranstaltungen 14.600 Schüler im Land erreicht. Die Schulung ist eingebettet in das verkehrspädagogische Konzept BusSchule. Dieses bindet Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und Busfahrerinnen und Busfahrer in die Verkehrserziehung ein.

▼ Schulobstprogramm startet

Rheinland-Pfalz beteiligt sich seit März 2010 als eines von zunächst nur fünf Bundesländern am **EU-Schulobstprogramm.** Einmal pro Woche werden alle Grund- und Förderschulen sowie Schulkindergärten in Rheinland-Pfalz mit frischem Obst und Gemüse beliefert. In das Programm einbezogen sind rund 1.100 Schulen und Schulkindergärten mit rund 163.000 Schülerinnen und Schülern. Flankiert wird das von Land und EU hälftig finanzierte Programm zur gesunden Ernährung von pädagogischen Begleitmaßnahmen zur Ernährungsbildung.

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz



★ Kinderlärm ist Zukunftsmusik!

Kinderlärm ist eine natürliche und zu akzeptierende Lebensäußerung, die nicht mit Verkehrslärm oder Lärm von Betrieben gleichzusetzen ist. Dennoch gibt es in diesem Bereich Klagen und Rechtsunsicherheit. Damit Kinderlärm möglichst keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen geben kann, hat Rheinland-Pfalz am 27.11.2009 einen Entschließungsantrag dazu in den Bundesrat eingebracht. Nach der Beratung in den Ausschüssen zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hat der Bundesrat am 05.03.2010 einen



entsprechenden Beschluss gefasst, wenn auch in einer weniger konkreten Fassung.

▼ Spielleitplanung als kinder- und jugendfreundliche Strategie

Erhalt, Sicherung und Neuschaffung geeigneter Flächen und Räume für Kinder und Jugendliche ist das Ziel, des von Umwelt- und Jugendministerium entwickelten Instrumentariums der **Spielleitplanung** mit dem Kernelement der Beteiligung. Für die planerischen und pädagogischen Aufgaben können die Kommunen seit 2004 auf der Grundlage der Förderkriterien Spielleitplanung bis zu 19.500 € Fördergelder erhalten. Für das sogenannte Starterprojekt werden vom Land anteilig i. d. r. 60 % für den planerischen Teil und bis zu 1.500 € für den pädagogischen Teil bezuschusst. Konkret konnten Planungen mit über 500.000 € u. a. für sichere Schul- und Verkehrswege, die Schaffung von Treffpunkten für Jugendliche im öffentlichen Raum, die Einrichtung von Spielaktionsflächen wie Skateranlagen, Ballspielplätze etc. gefördert werden. Informationen erhalten die Planenden vor Ort auch über die Internet-Seite www.spielleitplanung.de wie auch über Fortbildungsmaßnahmen des Landes.

▼ Waldferien f ür Kids

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern sowie bezahlbare Ferienangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln, wurden unter dem Titel "Waldferien für Kids" 2010 an 27 Forstämtern waldpädagogisch betreute, einwöchige Ferienprogramme (insgesamt 52 Wochen) durchgeführt. Das Angebot wird weiter ausgebaut.

Außengelände von Kitas und Schulen anregend und naturnah gestalten

Für die kindgerechte, bewegungsanregende und naturnahe Gestaltung der **Außengelände** von Kindertagesstätten, Schulen und auf öffentlichen Spielgeländen sowie für die Schaffung von zentralen, generationsübergreifenden Erlebnisräumen setzte das Umweltministerium in über 410 Projekte rd. 9,5 Millionen € ein.



Staatskanzlei



▼ Jugendschutz im Netz

Der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wurde unter Federführung von Rheinland-Pfalz erarbeitet und soll zum 1. Januar 2011 in Kraft treten. Der altersgemäße Zugang zu Online-Inhalten steht im Fokus des Gesetzes, das auf die gemeinsam getragene Verantwortung aller Beteiligten setzt: Die Anbieter nehmen eine Altersklassifizierung ihrer Online-Angebote vor. Internetprovider werden verpflichtet Jugendschutzprogramme anzubieten, die diese Altersklassifizierung auslesen können. Erziehungsberechtigte können sich dieser Programme bedienen, um ihrer Erziehungspflicht nachzukommen und Kinder vor ungeeigneten Inhalten im Netz zu schützen.

Auf diese Weise können Kinder die großartigen Möglichkeiten des Netzes nutzen ohne Schaden zu nehmen und die Kommunikationsfreiheit der erwachsenen Nutzer bleibt unberührt.

Ratgeberbroschüre "Surfen? Aber sicher!"

Zur Verbesserung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen hat die 2007 rheinland-pfälzische Landesregierung das 10-Punkte-Programm "Medienkompetenz macht Schule" gestartet. Ein Schwerpunktthema dieses Programms bildet der Bereich des Jugendmedienschutzes. Zahlreiche Projekte wurden gestartet, um Kindern und Eltern mit Initiativen, Informationen und Tipps für den sicheren Umgang mit den neuen Medien fit zu machen. Die Broschüre "Surfen? Aber sicher!" ergänzt die bisherigen Maßnahmen und stellt den Eltern einen nützlichen und praxisorientierten Ratgeber zur Verfügung. Wie aus Studien bekannt ist, nutzen bereits Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen häufig das Internet. In diesem Alter sind sie in besonderem Maße noch auf die Hilfestellung ihrer Eltern angewiesen. Hier setzt die Broschüre an. Die Broschüre "Surfen? Aber sicher!" wurde im September 2010 an alle Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufe in Rheinland-Pfalz mit der Bitte um Weiterleitung an die Eltern verteilt. Die Broschüre steht den Eltern im Netz unter



http://www.rlp.de/fileadmin/staatskanzlei/rlp.de/downloads/pdf/Medienreferat/Sur fen_Aber_sicher.pdf weiterhin zur Verfügung.

▼ Engagierte Jugend in Rheinland-Pfalz

Überall in unserem Land gibt es Kinder und Jugendliche, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und sich in den unterschiedlichsten Projekten und Initiativen engagieren. Entgegen der weitläufigen Meinung, junge Menschen seien desinteressiert, unpolitisch, egoistisch und wenig engagiert, gibt es in den rheinland-pfälzischen Gemeinden eine ganz andere Realität.

Unter dem Titel "Engagierte Jugend in Rheinland-Pfalz" hat Ministerpräsident Kurt Beck daher eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, um sich mit engagierten jungen Leuten auszutauschen, ihnen zuzuhören, ihre Engagement zu würdigen, aber auch, um mit ihnen über aktuelle politische Themen ins Gespräch zu kommen. Im Jahr 2010 waren Kinder und Jugendliche aus Herxheim, Koblenz und Neuwied zu Gast in der Staatskanzlei und begeisterten mit ihren Präsentationen. Ob Engagement in der Jugendblaskapelle, beim Mädchenfußball oder bei den Hilfs- und Rettungsdiensten, im Kinder- und Jugendparlament oder in sozialen Projekten – die Mädchen und Jungen stellten eindrucksvoll unter Beweis, dass sie mit anpacken und vor Ort etwas bewegen und verändern können.

Kinderrechte ins Grundgesetz!

Die Freie Hansestadt Bremen und das Land Rheinland-Pfalz brachten am

4. Juli 2008 im Bundesrat den Entschließungsantrag ein zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Mit dem Entschließungsantrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, in dem Grundrechte der Kinder ausdrücklich normiert werden. Dazu gehören: das Recht auf Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit, auf eine wachsende Selbstständigkeit im Rahmen des elterlichen Erziehungsrechts sowie das Recht auf Schutz im Rahmen gewaltfreier Erziehung. Der Antrag fand keine Mehrheit.



▼ Kinderrechte ohne Vorbehalte!

Rheinland-Pfalz brachte am 27.11.2009 im Bundesrat den Entschließungsantrag zur Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-KRK ein. Am 26.03.2010 begrüßte der Bundesrat in seiner Entschließung die Absicht, die im Jahr 1992 abgegebene Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen. Danach beschloss das Bundeskabinett am 03.05.2010 die Rücknahme der sogenannten Vorbehaltserklärung und das Schreiben zur Rücknahme wurde durch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland am 15.07.2010 in New York an die Vereinten Nationen übergeben.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

▼ Gute und gebührenfreie Bildung!

Gute und gebührenfreie Bildung von Anfang an - vom Kindergarten über die Schulen bis zur Hochschule - ist der Kern einer kinder- und jugendgerechten Politik; die auf Chancengerechtigkeit setzt. Zu den Maßnahmen in diesem Bereich gehören die Einführung des Rechtsanspruchs für 2-Jährige auf einen Kindergartenplatz ab 01.08.2010 und die seitdem beitragsfreien Kindergartenplätze in Rheinland-Pfalz ebenso wie die im Zuge des Landesprogramms "Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an" bereitgestellten Landesmittel für eine intensive und gezielte Sprachförderung im Kindergarten und Vorbereitung auf die Schule mit derzeit jährlich 6 Mio. € und die Landesförderung von jährlich 2 Mio. € für Fortbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen (2006-2009 konnten damit über 5.200 Fortbildungen mit mehr als 75.000 Teilnehmenden durchgeführt werden.) Ergänzt wird dies durch ein Ganztagsschulprogramm, das Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland bereits 2001 gestartet hat. 537 Ganztagsschulen in Angebotsform sind seither neu entstanden.

▼ Für Kinderrechte sensibilisieren!

2007 wurde eine Kinderrechte-Initiative des Landes zur Sensibilisierung für die Rechte von Kindern auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention mit folgenden Elementen gestartet: Internetseite www.kinderrechte.rlp.de,



Broschüren, einer jährlich stattfindende "Woche der Kinderrechte" rund um den Weltkindertag am 20. September, in der das MBWJK Projekte und Fortbildungen in den Jugendamtsbezirken fördert und durch eine jährlichen Kinderrechte-Fachtagung zum jeweiligen Motto der Kinderrechte-Woche.

▼ Kinder und Jugendliche als Experten in eigener Sache ernst nehmen

Rheinland-Pfalz hat die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Entscheidungen, die ihre Lebensbelange betreffen in der Gemeinde- und Landkreisordnung verankert. Schon 1999 wurde eine Leitstelle Partizipation eingerichtet, diese fördert Fortbildungsangebote für Fachkräfte der Jugendarbeit, qualifiziert und unterstützt kommunalen Jugendvertretungen, damit diese ihre Mitbestimmungsrechte vor Ort ausüben können, richtet Wettbewerbe aus, um innovative und auf Nachhaltigkeit setzende, Good-practice Beteiligungsprojekte aus Kommunen, Schulen, Jugendverbänden auszuzeichnen, informiert über die und vernetzt Internetauftritte www.net-part.de und www.net-partschule.de, das Transferprogramm "Demokratie lernen und leben", die Entwicklung von Kinder(stadt)plänen und entwickelte die Broschüre wie die "Leitlinien für eine kinderfreundliche Gastronomie" oder "Leitlinien für kinderfreundliche Museen" auf der Grundlage der Beteiligung von Kindern.

▼ Schule als Ort ganzheitlichen Lernens

Förderte das Land 2006 noch 82 Schulsozialarbeitsstellen, so konnte die Zahl inzwischen auf 225 landesgeförderte Schulsozialarbeitsstellen an allgemeinbildenden Schulen erhöht werden (jährlich stehen rund 4,6 Mio. € zur Förderung der Schulsozialarbeit bereit).

▼ Kinderschutzdienste schützen, begleiten, stabilisieren

Spezialisierte Anlaufstellen für Jungen und Mädchen, die Opfer von sexuellem Missbrauch oder Misshandlungen wurden bzw. bei denen ein entsprechender Verdacht besteht, wurden mit Förderung des Landes ab 1990 aufgebaut. Die ursprünglichen 12 Kinderschutzdienste konnten 2010 auf 17 an 18 Standorten



für 26 Städte und Kreise erhöht werden. Für den Ausbau und eine erhöhte Förderung konnte der Haushaltsansatz auf 830.000 € erhöht werden. Kinderschutzdienste, von denen die ältesten in diesem Jahr ihr 20jähriges Jubiläum feiern (Trier, Landau und Ludwigshafen), bieten Kindern und Jugendlichen Schutz, Zeit und Raum zur Stabilisierung ihrer Persönlichkeit und Entwicklung sowie ggf. die Begleitung in Strafverfahren. Der Zugang zu ihnen ist offen, ohne Wartzeiten, kostenlos und an Orten auch außerhalb der KSDs.

